

lich oder wenn sich Jugendliche selbst gefährden, etwa durch Alkohol- oder Drogenmissbrauch (LVU, § 3). Hierfür stehen nach den §§ 11 und 12 auch stationäre Einrichtungen zur Verfügung.¹⁵⁰

D. Schlussbetrachtung

Schweden verfügt hiernach über ein System, das Betreuung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen letztlich von Geburt an bis zum Studienbeginn bzw. Eintritt in ein Berufsleben gewährleistet. Mutterschutzzeiten und Elternurlaub ermöglichen eine Betreuung in den ersten 18 Monaten innerhalb der Familie. Mit der Vollendung des ersten Lebensjahres steht den Eltern das öffentliche und private Angebot an Vorschulen, Freizeiteinrichtungen und anderweitigen Betreuungsangeboten zur Verfügung. Ab dem vollendeten dritten Lebensjahr soll jedes Kind die Vorschule besuchen und damit jedenfalls in Teilen außerhalb der Familie betreut und erzogen werden. Auf einen Platz in einer Vorschulklasse besteht mit dem vollendeten sechsten Lebensjahr ein Anspruch. Die nachfolgende neunjährige Grundschule ist in ihrer jeweiligen Form für jedes Kind verpflichtend. Neben der Vorschulklasse und der Grundschule besteht als ergänzendes Angebot das sog. Freizeitheim, das einer pädagogisch angeleiteten, sinnvollen Freizeitgestaltung dient. Seine Öffnungszeiten sollen so an die Unterrichtszeiten der Schulen angepasst sein, dass ein den gesamten Tag abdeckendes Betreuungsangebot besteht.

Die materielle Sicherung von Kindern und Jugendlichen ist auf dieses aufeinander aufbauende Betreuungs- und Bildungssystem abgestimmt. Einkommensausfälle infolge von Auszeiten zugunsten der Kinderbetreuung werden durch das Schwangerschaftsgeld und das Elterngeld mit 80% des krankengeldbegründenden Einkommens auf einem vergleichsweise hohen Niveau kompensiert. Ein besonderer Pflegebedarf etwa im Falle einer Behinderung oder einer schweren Erkrankung des Kindes wird einerseits durch einen Anspruch auf Freistellung und entsprechend zeitweisen Bezug von Elterngeld und andererseits durch den Pflegezuschuss der Sozialversicherung bzw. durch den zusätzlichen kommunalen Pflegebeitrag abgedeckt. Das Kindergeld wird grundsätzlich bis zum vollendeten sechzehnten Lebensjahr gewährt, kann jedoch bei einem über diesen Zeitpunkt hinaus andauernden Grundschulbesuch auch verlängert bezogen werden. Das insbesondere mit Blick auf im Haushalt lebende Kinder berechnete Wohngeld stellt eine weitere finanzielle Mindestabsicherung dar. Der eigene Unterhaltsanspruch des Kindes gegenüber seinen Eltern wird schließlich durch die Unterhaltsbeihilfe abgesichert. Im Sinne einer physischen Existenzsicherung ist darüber hinaus die weitgehend kostenlose medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen von Bedeutung.

150 Ausf. zur Unterbringung *Mattsson*, *Barnet som subjekt och aktör*, 2004, S. 30 ff., *dies.*, *Barn i familjehem*, in: *Hollander/Nygren/Olsen*, *Barn och rätt*, 2004, S. 101 ff.

Zu bedenken bleibt gleichwohl, dass die wirtschaftlichen Grundlagen eines Familienhaushalts nur zu einem Teil durch finanzielle Leistungen der öffentlichen Systeme gedeckt werden. Deren durchschnittlicher Anteil von 17% des disponiblen Familieneinkommens und immerhin von 36% bei alleinerziehenden Müttern (2007) ist zwar beachtlich, doch kommt es auch zur materiellen Absicherung von Kindern entscheidend auf die Erwerbstätigkeit der Eltern an. Der vergleichsweise hohe Anteil von berufstätigen Müttern (83% der Kinder, 2008) spricht hier eine eindeutige Sprache. Hieran knüpft das schwedische System mit der Erstattung von Einkommensausfällen in den gesetzlich definierten Situationen dann auch konsequenterweise an.

Primär obliegen in Schweden der Unterhalt und die Betreuung der Kinder damit deren Eltern. Damit diese ihrer Aufgabe gerecht werden könne, ist jedoch ein umfassendes öffentliches Leistungssystem etabliert worden. Die Gewährleistung von Unterhalts- und Betreuungsleistungen für Kinder stellt sich deshalb insgesamt auch als eine öffentliche Aufgabe dar, die im Zusammenspiel von Sozialversicherung und Kommunen wahrgenommen wird. Dies schließt private Leistungsanbieter sowohl im Betreuungs- wie auch im Bildungsbereich nicht aus. Diese unterliegen dabei im Grundsatz den gleichen Regeln wie die Kommunen bei ihren eigenen Angeboten.

Neben den Leistungen nach dem Sozialversicherungsgesetz kommt den Kommunen also bei der Gewährleistung dieses sozialen Standards eine entscheidende Bedeutung zu. Das Schulwesen gehört ebenso wie die sozialen Dienste zu ihren Kernaufgaben. Rund 80% ihres Haushaltsvolumens wenden die Kommunen für Betreuungs- und Ausbildungsangebote auf, wobei ein erheblicher Teil auf die hohen Personalkosten entfällt. Drei Viertel der kommunal Beschäftigten sind im Bereich der sozialen Dienste tätig. Rund 70% dieser Aufwendungen werden durch die kommunale Steuer abgedeckt. Die übrigen 30% werden in etwa zu gleichen Teilen durch staatliche Zuschüsse und Benutzungsgebühren finanziert. Für das Gesundheitswesen sind vor allem die Provinzen (Län) verantwortlich.

Hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung der Betreuungs- und Ausbildungsangebote besteht ein großer Gestaltungsspielraum der Kommunen, die auf diese Weise regionalen Besonderheiten, ihrer Einwohnerstruktur und auch den Wünschen von Eltern Rechnung tragen können. Angesichts dieses Befundes überrascht es kaum, wenn aus Umfragen etwa des Kinderombudsmannes der Schluss gezogen wird, dass es den meisten Kindern in Schweden gut geht. Genauso wenig überrascht es freilich, dass es nicht allen Kindern gut geht, sondern auch in Schweden sog. Außenseiter existieren, die in schwierigen familiären Situationen aufwachsen oder in Obhut genommen werden müssen, unter längerfristigen Erkrankungen leiden oder suchtkrank sind oder auch infolge von Ausbildungsdefiziten Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben. Junge Menschen mit Migrationshintergrund gehören häufig dazu.

Hinzuweisen ist insoweit ebenfalls auf das Phänomen der Kinderarmut in Schweden. Nach den bereits referierten Erhebungen waren nach dem OECD-Maßstab im Jahr 2007 14% der Kinder von Armut bedroht. Legt man ein niedriges Familieneinkommen, das

nicht zur Deckung der einfachen Lebenshaltungskosten ausreicht, oder den Bezug von finanziellen Hilfen nach dem Sozialdienstgesetz (Försörjningsstöd) zugrunde, dann lebten nach dem Jahresbericht 2010 der Kinderschutzorganisation „Rädda Barnen“ im Jahr 2008 11,5 der Kinder zwischen 0 und 17 Jahren (rund 220.000 Kinder) in Armut. Im Vergleich zu 1997 bedeutet dies zwar eine erhebliche Reduzierung (damals waren es mehr als 22%), doch stieg der Anteil von Kindern in armen Familien im Vergleich zu 2007 (10,9%) wieder leicht an. Die Spannweite zwischen den einzelnen Kommunen fällt dabei erheblich aus. Während in der Provinz Skåne im Jahr 2008 15,8% der Kinder betroffen waren, wobei Malmö mit 31,1% die höchste Rate aufweist, waren dies etwa in der Provinz Halland lediglich 6,7%. Der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in entsprechenden Verhältnissen überwiegt dabei mit 29,5% deutlich den von Kindern mit schwedischem Familienhintergrund (5,4%).

Die schwedische Regierung hat mit ihrer Strategie zur Stärkung der Kinderrechte in Schweden nochmals einen politischen Akzent gesetzt. Dies betrifft zunächst die Gesetzgebung als solche, deren notwendige Vereinbarkeit mit der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen betont wird, aber auch die Information über die aus der Konvention folgenden Rechte. Der Respekt vor der eigenen Integrität von Kindern soll infolgedessen sowohl im Elternhaus als auch im Rahmen aller Betreuungs- und Bildungsangebote im Mittelpunkt stehen. Nicht zuletzt deshalb sollen insbesondere auch die Familien bei der Betreuung und Erziehung noch stärker unterstützt werden. Mögliche weitergehende Angebote auf kommunaler Ebene sollen dabei in einem umfassenden Projekt bis Ende 2011 entwickelt werden. Gewissermaßen selbstverständlich soll darüber hinaus der Kampf gegen Gewalt an Kindern, Kindesmissbrauch und Kinderpornographie intensiviert werden.

Literaturverzeichnis

- Agell, Anders*, Nordisk äktenskapsrätt, Kopenhagen 2003.
- Bengtsson, Tommy* (Hrsg.), Population Ageing – A Threat to the Welfare State? The Case of Sweden, Berlin 2010.
- Bennich-Björkman, Li/Blomquist, Paula*, Mellan folkhem och Europa, Malmö 2008.
- Björkman, Tomas*, Socialförsäkring, 13. Aufl., Stockholm 2006.
- Bogdan, Michael* (Hrsg.), Swedish Legal System, Stockholm 2010.
- Bohlin, Alf*, Kommunalrättens grunder, 7. Aufl., Stockholm 2011.
- Bull, Thomas/Sterzel, Fredrik*, Regeringsformen, Stockholm 2010.
- Calliess, Christian/Ruffert, Matthias* (Hrsg.), EUV/AEUV-Kommentar, 4. Aufl., München 2011.
- Clevesköld, Lars/Lundgren, Lars/Thunved, Anders*, Handläggning inom socialtjänsten, 13. Aufl., Stockholm 2009.
- Danielsen, Svend*, Børneret II, Kopenhagen 2003.
- Elmér, Åke/Blomberg, Staffan/Harrysson, Lars/Petersson, Jan*, Svensk socialpolitik, 20. Aufl., Stockholm 2000.
- Eriksson, Anders*, Den nya familjerätten, 9. Aufl., Stockholm 2011.
- Ewerlöf, Göran/Sverne, Tor/Singer, Anna*, Barnets bästa, 5. Aufl., Stockholm 2004.
- Gunnarsson, Åsa*, Fördelningen av familjens skatter och sociala förmåner, Uppsala 2003.
- Holgersson, Leif*, Socialpolitik och socialt arbete, 4. Aufl., Stockholm 2008.
- Hollander, Anna/Nygren, Rolf/Olsen, Lena* (Hrsg.), Barn och rätt, Uppsala 2004.
- Holmberg, Erik/Stjernquist, Nils*, Vår författning, 3. Aufl., Stockholm 2003.
- dies./Isberg, Magnus/Eliason, Marianne/Regner, Göran*, Grundlagarna, 3. Aufl., Stockholm 2012.
- Köhler, Peter A.*, Das Ende des schwedischen „Volksheims“?, in: Becker/Hockerts/Tenfelde (Hrsg.), Sozialstaat Deutschland, Bonn 2010, S. 213 ff.
- Kolbe, Wiebke*, Elternschaft im Wohlfahrtsstaat, Frankfurt a.M. 2002.
- Lødrup, Peter/Agell, Anders/Singer, Anna*, Nordisk Børneret I, Kopenhagen 2003.
- Magnusson, Lars*, Sveriges ekonomiska historia, Stockholm 2010.
- Mattsson, Titti*, Barnet som subjekt och aktör, Uppsala 2006.
- Molander, Per* (Hrsg.), Staten och kommunerna, Stockholm 2003.
- Müller, Sverker/Stenhammar, Mats*, Socialförsäkring, 11. Aufl., Stockholm 2003.
- Nergelius, Joakim*, Svensk statsrätt, 2. Aufl., Lund 2010.
- Norström, Carl/Thunved, Anders*, Nya sociallagarna, 24. Aufl., Stockholm 2011.
- Olsen, Lena* (Hrsg.), Barns makt, Uppsala 2004.
- dies./Saldeen, Åke* (Hrsg.), Barn som aktörer – en slutpunkt, Uppsala 2008.
- Olsson, Sven E.*, Social Policy and Welfare State in Sweden, Lund 1993.
- Rejmer, Annika*, Barnperspektiv och barnets bästa i tingsrätts handläggning av vårdstviser, Svensk Juristtidning (SvJT) 2002, S. 138 ff.
- Rothholz, Walter*, Wohlfahrts-Skandinavien, Berlin 2003.
- Ryrstedt, Eva*, Familjerätt och socialrätt i samverkan, Juridisk Tidskrift (JT) 2002/03, S. 574 ff.
- dies.*, Familjerätt och stöd till barnfamiljer, Juridisk Tidskrift (JT) 2004/05, S. 598 ff.

- dies., Tvistlösning mellan separerade föräldrar – för barnets bästa, *Svensk Juristtidning* (SvJT) 2007, S. 398 ff.
- dies., Samarbetssamtal – leder de till en „sann“ överenskommelse för barnets bästa, eller bara en förhandlingslösning, *Svensk Juristtidning* (SvJT) 2009, S. 821 ff.
- dies., Barnets bästa och vilja i domstol, *Svensk Juristtidning* (SvJT) 2009, S. 1013 ff.
- dies./*Mattsson, Titti*, Barn och föräldrar – kan vi acceptera dem som motparter, *Svensk Juristtidning* (SvJT) 2007, S. 389 ff.
- Sakslin, Maija*, Samordning av sociala trygghetssystem inom Norden, EU och EES, *Retfærd* 18 (1995), S. 34 ff.
- Saldeen, Åke*, Barn- och föräldrarätt, 6. Aufl., Uppsala 2009.
- Schiratzki, Johanna*, Barnrättens grunder, 4. Aufl., Lund 2010.
- dies., Barnets vilja avgörande för svensk domsrätt, *Juridisk Tidskrift* (JT) 2002/03, S. 657 ff.
- dies., Barnets bästa i ett mångkulturellt Sverige, 2. Aufl., Uppsala 2005.
- Schultz, Mårten*, Föräldrars ansvar för barns brott, *Svensk Juristtidning* (SvJT) 2010, S. 195 ff.
- Schwarze, Jürgen* (Hrsg.), EU-Kommentar, 3. Aufl., Baden-Baden 2012.
- Singer, Anna*, Föräldraskap I – Rättslig belysning, Uppsala 2000.
- Sjösten, Mats*, Vårdnad, boende och umgänge, 2. Aufl., Stockholm 2003.
- Streinz, Rudolf*, EUV/AEUV-Kommentar, 2. Aufl., München 2012.
- Strömholm, Stig* (Hrsg.), Svensk rätt, Uppsala 2001.
- Vinnerljung, Bo/Hjern, Anders/Ringbäck Weitoft, Gunilla/Franzén, Eva/Estrada, Felipe*, Children and young people at risk, *International Journal of Social Welfare* (IntJSocWelfare) 2007, S. 163 ff.
- Walén, Gösta/Vängby*, Föräldrabalken – Kommentar in 2 Bänden, 2009.
- Warnling-Nerep, Wiweka/Lagerquist Veloz Roca/Reichel, Jane*, Statsrättens grunder, 3. Aufl., Stockholm 2010.
- Wickström, Anita/Komujärvi, Unto*, Familjerätten, 2. Aufl., Stockholm 2005.
- Wickström, Anita*, Utövande av gemensam vårdnad, *Juridisk Tidskrift* (JT) 2002/03, S. 328 ff.

Internet-Quellen

- Barnombudsmannen, The Children's Ombudsman's comments concerning the Swedish Government's fourth periodic report to the UN Committee on the Rights of the Child“ vom 27.01.2009, abrufbar unter www.barnombudsmannen.se/Global/Publikationer/Our%20comments%20on%20the%20governments%20fourth%20periodic%20report%202009.pdf.
- Ellingsæter, Anne Lise, Betreuungsgeld, Friedrich-Ebert-Stiftung 2012, abrufbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/id/09036.pdf>.
- Försäkringskassan, Analyserar 2007:10, Utbetalning av familjeförmåner år 2006 med stöd av Eglagstiftningen, abrufbar unter http://www.forsakringskassan.se/wps/wcm/connect/7961a58e-c0e3-4b86-9b4e-17b411d5e8d7/analyserar_2007_10.pdf?MOD=AJPERES.
- Gíslason, Ingólfur/Eyðal, Guðný Björk (Hrsg.), Parental leave, childcare and gender equality in the Nordic Countries, TemaNord 2011:562; abrufbar unter www.norden.org/en/publications/publicationer/2011-562.
- OECD Reviews of Evaluation and Assessment in Education, Country Report Sweden, 2011, abrufbar unter www.oecd.org/dataoecd/38/42/47169533.pdf.
- OECD Review on Evaluation and Assessment Frameworks for Improving School Outcomes, 2010, abrufbar unter www.oecd.org/dataoecd/22/44/45957739.pdf.
- Regeringens proposition 2005/2006:159, Vissa socialförsäkringsfrågor, vom 16. März 2006, abrufbar unter <http://regeringen.se/content/1/c6/06/06/70/b53b0171.pdf>.
- Regeringens proposition 2007/2008:91, Vårdnadsbidrag – familjepolitisk reform, vom 13. März 2008, abrufbar unter www.regeringen.se/content/1/c6/10/10/87/9d73791c.pdf.
- Regeringens proposition 2009/10:232, Strategi för att stärka barnets rättigheter i Sverige, vom 23. Juni 2010, abrufbar unter www.regeringen.se/content/1/c6/14/87/01/e6d5b9d9.pdf.
- Regeringen, Nationell Strategi för ett utvecklat föräldrastöd – en vinst för alla, abrufbar unter www.regeringen.se/content/1/c6/22/28/46/26d1a9d7.pdf.
- Rädda Barnen, Barnfattigdomen i Sverige 2010, abrufbar unter <http://www.raddabarnen.se/Documents/vad-vi-gor/sverige/samhallets-ansvar/barnfattigdom/Barnfattigdom2010-kort.pdf>.
- Schwedisches Institut, Kinderbetreuung in Schweden, Tatsachen über Schweden (TS) 861, 2005.
- Segendorf, Åsa Olli/Teljosuo, Tommi, Sysselsättning för invandrare – en ESO-rapport om arbetsmarknadsintegration, Rapport till Expertgruppen för studier i offentlig ekonomi 2011:5, S. 69, abrufbar unter <http://eso.expertgrupp.se/wp-content/uploads/2013/06/2011-5-till-webben.pdf>.
- Skolverket, Fritidshemmet – lärande i samspel med skolan, 2011, abrufbar unter: www.skolverket.se/2.3894/publicerat/publikationer.
- Skolverket, Läroplan för förskolan Lpfö 98, Reviderad 2010, 2. Aufl., 2011, abrufbar unter: www.skolverket.se/om-skolverket/publikationer/visa-enskild-publikation?_xurl_=http%3A%2F%2Fwww5.skolverket.se%2Fwtpub%2Fws%2Fskolbok%2Fwpubext%2Ftrycksak%2FBlob%2Fpdf2442.pdf%3Fk%3D2442.
- Skolverket, Om kvalitet i förskolan, 2005, Nachdruck 2008, abrufbar unter www.skolverket.se/om-skolverket/.
- SOU 1997:116, Barnets Bästa i främsta rummet. FN:s konvention om barnets rättigheter i Sverige, abrufbar unter www.regeringen.se/sb/d/392/a/23026.
- SOU 2001:24, Ur fattigdomsfällen, abrufbar unter www.regeringen.se/sb/d/108/a/2776.
- SOU 2003:92, Unga utanför, abrufbar unter www.regeringen.se/sb/d/108/a/719.
- SOU 2003:123, Utvecklingskraft för hållbar välfärd, abrufbar unter www.regeringen.se/sb/d/360/a/1535.

Unterhalts- und Betreuungsleistungen für Kinder in Schweden

SOU 2005:43, Vårdnad – Boende – Umgänge. Barnets bästa, föräldrars ansvar, abrufbar unter www.regeringen.se/sb/d/108/a/45564.

Statistiska Centralbyrån, Barn i dag – En beskrivning av barns villkor med Barnkonventionen som utgångspunkt, abrufbar unter www.scb.se/statistik/_publikationer/LE0102_2007108_BR_A40BR0902.pdf.

Statistiska Centralbyrån, Vi fortsätter att föda fler barn, abrufbar unter www.scb.se/Statistik/BE/BE0101/2010A01L/Fodda.pdf.

Taguma, Miho/Litjens, Ineke/Makowiecki, Kelly, Quality Matters in Early Childhood Education and Care – Sweden, OECD-Report 2013, abrufbar unter http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/education/quality-matters-in-early-childhood-education-and-care-sweden-2012_9789264176744-en#page1 .

Internet-Seiten von Behörden

Schulbehörde: www.skolverket.se

Statistisches Zentralbüro: www.scb.se

Versicherungskasse: www.forsakringskassan.se

Zentrales Amt für das Sozialwesen: www.socialstyrelsen.se

Fundstellen für Rechtsvorschriften und Urteile

Rechtsvorschriften unter www.riksdagen.se oder <https://lagen.nu> oder www.notisum.se

Urteile der Gerichtshöfe: www.rattsinfosok.dom.se/lagrummet/index.jsp

Rechte und Förderung des Kindes im Vergleich:
Materielle Existenzsicherung, Betreuung und Erziehung in
Deutschland, Frankreich, Italien und Schweden

Eva Maria Hohnerlein